

## Nicaragua

Die realen Folgen der Globalisierung und neoliberaler Politik am Beispiel dieses Entwicklungslandes

Die Darstellung der Globalisierungsfolgen und der Ergebnisse neoliberaler Politik in Nicaragua, sollen am Beispiel der Bereiche **Kaffeeproduktion, Freie Produktionszonen, Arbeitsmigration** und dem **sozialen Sektor** erfolgen. Auch in diesen Fällen muss man sich wiederum in erster Linie auf Weltbank, IWF und ähnliche internationale Institutionen als die bestimmenden Kräfte beziehen.

Einleitend erscheint es aber sinnvoll, eine kurze Beschreibung des Landes voranzustellen und einen kleinen Blick in die Geschichte und gesellschaftliche Gegenwart Nicaraguas zu werfen, um daran ermessen zu können, welche Tragweite die in der Folge zu beschreibenden Auswirkungen für das Land haben.

Nicaragua ist mit einer Fläche von 130.700 Quadratkilometern das größte der sieben auf der mittelamerikanischen Landbrücke liegenden Länder. Damit ist es vergleichsweise so groß wie Griechenland, hat aber nur eine Bevölkerungszahl von ca. 5,2 Millionen Menschen, von denen über 1 Million in der Hauptstadt Managua leben. Das Land ist in 16 Verwaltungsbezirke eingeteilt, die eine sehr unterschiedliche Bevölkerungsdichte aufweisen. Die gesamte östliche Landeshälfte mit der Atlantikküste ist äußerst dünn besiedelt, während die westliche Hälfte mit der Pazifikküste teilweise eine hohe Besiedlungsdichte aufweist. Die Topographie des Landes ist von den beiden großen Binnen-Seen, dem Lago Xolotlan (Managua-See) und dem Lago Cocibolca (Nicaragua-See), dem nördlichen Bergland und der atlantischen Tiefebene geprägt.



Das Klima reicht je nach Landesteil von subtropischen bis tropischen Klimazonen. Noch etwa 25% des Landes sind mit Urwäldern verschiedenen Typs bedeckt. Die atlantische Tiefebene wird von zahlreichen Flusssystemen durchzogen. Wie ganz Mittelamerika ist auch Nicaragua ein vulkanisch geprägtes Land, von insgesamt 25 Vulkanen sind sieben aktiv.

Nun ein kleiner geschichtlicher Überblick. Die ältesten Spuren menschlicher Besiedelung reichen mehr als 10.000 Jahre zurück. Das Land war immer ein Kreuzungspunkt großer Wanderbewegungen indianischer Völker, die aus dem heutigen Mexiko im Norden und dem heutigen Kolumbien im Süden kamen. Als Kolumbus 1502 an der Karibikküste an Land ging, besiedelten die Nachfahren aztekischer Stämme, der Maya und Chibcha das Land. Nach seiner Entdeckung war Nicaragua bis zu seiner Unabhängigkeit im Jahre 1821 spanische Kolonie. Danach versuchte das Land Nation zu werden. Bis in die 30-er Jahre des 20. Jahrhundert war dieser Prozess von ständigen Konflikten zwischen den verschiedenen Interessengruppen der nachkolonialen Oligarchie bestimmt, in die immer wieder, insgesamt 21-mal, US-amerikanische Invasionstruppen eingriffen, um das Land in ihrem Einflussbereich zu halten.

Diese Verhältnisse hatten bereits in den 20-er Jahren des letzten Jahrhunderts politische Gegenbewegungen auf den Plan gerufen. Es war Augusto Cesar Sandino, unehelicher Abkömmling eines reichen Plantagenbesitzers aus dem Süden des Landes, der mit einer Guerillatruppe über Jahre hinweg den Versuch unternahm, seine Idee eines nach außen souveränen und nach innen sozial gerechten Staates zu erkämpfen. Mit seiner von den USA eingefädelten Ermordung im Februar des Jahres 1934 scheiterte dieses Unterfangen. Mit Unterstützung der Vereinigten Staaten gelangte der Chef der Nationalgarde Anastasio Somoza I. an die Macht. Und mit ihm begann die über 40 Jahre dauernde Diktatur des Familienclans der Somoza, eine der blutigsten Diktaturen, die Lateinamerika je erlebt hatte. Aber schon seit den 1950-er Jahren regte sich im Untergrund Widerstand gegen das Regime. Dieser Widerstand formierte sich und führte Anfang der 1960-er Jahre zur Gründung der Sandinistischen Front zur Nationalen Befreiung (Frente Sandinista de Liberacion Nacional, FSLN). Diese Bewegung, die sich den Ideen Sandinos verpflichtet fühlte, führte einen immer offeneren Kampf gegen die Diktatur und hatte schon zu dieser Zeit ihren Einsatz mit hohen Opfern erkaufte. 1978 kam es zu einem schnell um sich greifenden allgemeinen Volksaufstand, an deren Spitze sich sofort die FSLN setzte, gegen das Regime. Mit dem Sturz von Somoza II. endete am 19. Juli 1979 die Revolution siegreich. Der Preis für diesen Sieg war allerdings sehr hoch: Das zu dieser Zeit 2,8 Millionen Köpfe zählende Nicaragua hatte 50.000 Tote, 100.000 Verletzte und von Bombenangriffen gezeichnete Städte zu beklagen.

Die eingesetzte Revolutionsregierung begann unverzüglich mit dem Wiederaufbau des Landes und setzte bald eine beispiellose Alphabetisierungskampagne in Gang, baute ein allen Menschen zugängliches Schul- und Gesundheitswesen auf und bemühte sich mit einer tief greifenden Landreform im Agrarland Nicaragua soziale Gerechtigkeit herzustellen. Die Politik der sandinistischen Regierung war auf die Schaffung kollektiver Strukturen ausgerichtet ohne jedoch pluralistische Entwicklungsmöglichkeiten in der Gesellschaft auszugrenzen. Das sandinistische Gesellschaftsmodell erregte jedoch von Anfang an den Argwohn der USA, die noch ganz den Denkkategorien des Kalten Krieges verhaftet, die Revolutionsregierung als "kommunistische Tyrannei" diffamierten, um damit ihre Auffassung

zu rechtfertigen, ein "zweites Kuba" vor ihrer Haustüre verhindern zu müssen. Oder um es mit dem Worten von Eduardo Galeano auszudrücken: Nicaragua durfte nicht Nicaragua sein!

Um dies zu verhindern, formierten die USA unter der Regierung von Ronald Reagan militärische Verbände aus Mitgliedern der berüchtigten somozistischen Nationalgarde und angeworbenen Söldnern, die von US-Stützpunkten im Nachbarland Honduras aus mit Mitteln des Krieges versuchten, die sandinistische Regierung zu vernichten. Dies war der Beginn eines 10-jährigen blutigen Krieges, der auf ökonomischem Gebiet durch eine totale Handelsblockade ungeheuer verschärft wurde. Die Strategie der USA hatte Erfolg. Mit fast 60.000 Kriegstoten und materiellen Schäden, die vor dem internationalen Gerichtshof in Den Haag in einer Klage Nicaraguas gegen die USA mit 17 Milliarden US-Dollar beziffert wurde, war Nicaragua nicht besiegt, aber beide Lager in einer Situation, die einen Friedensschluss erzwang. Dieser wurde 1989 besiegelt und im Jahre 1990 fanden die ersten Nachkriegswahlen statt. Wider Erwarten erlitt die FSLN eine klare Wahlniederlage und mit einem rechtskonservativen Wahlbündnis unter der Präsidentschaft von Violeta Chamorro erfolgte in Nicaragua erneut ein tief greifender politischer Wandel.

Die Regierung Chamorro vollzog unter dem Einfluss der Vereinigten Staaten auf wirtschaftlichem Gebiet die totale Marktöffnung, revidierte die gesamte Bodenreform der 80er Jahre und leitete die Privatisierung öffentlicher Bereiche ein. Nicaragua, mit hohen Auslandsschulden belastet und nur mit internationaler Hilfe überlebensfähig, geriet unter der Regierung Chamorro in die totale Abhängigkeit des IWF, der Weltbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und einem Konsortium von Geberländern. 1996 wurde die Regierung Chamorro durch den Wahlsieg der militant antisandinistischen PLC unter der Führung von Arnaldo Aleman abgelöst. Mit der Regierung Aleman hatte sich eine Regierung etabliert, die während ihrer Amtszeit zu einer der korruptesten Regierungen die Lateinamerika je gesehen hatte, mutierte. Unter der Regie von IWF und Weltbank zu rigorosen Strukturanpassungsmaßnahmen gezwungen, von einer Privatisierungswelle überrollt, von Korruption auf allen Ebenen zerrüttet, mit einer sozialen Misere ohnegleichen geschlagen übernimmt nach den Wahlen vom November 2001 im Januar 2002 Enrique Bolaños von der gleichen PLC das Amt des Präsidenten.

Wo befindet sich Nicaragua im März 2003?

Mit einigen Daten soll die Lage des Landes umrissen werden. Mit einer Auslandsverschuldung von fast sieben Milliarden US-Dollar, einem jährlichen Handelsdefizit von über einer Milliarde US-Dollar ist das Land bankrott und in der völligen Abhängigkeit der internationalen Finanzinstitutionen gefesselt. Etwa 80 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze, davon wiederum 40 Prozent in extremer Armut. Langfristige Aufbau und Entwicklungsprogramme sind nicht in Sicht, neben Haiti führt Nicaragua die Liste der ärmsten Länder Lateinamerikas an. Innenpolitisch wird das Land seit einem Jahr von den Konflikten um die Aufklärung der Korruptionsfälle der Regierung Aleman beherrscht, was zu Lähmung der staatlichen Institutionen geführt hat und bisher jede Lösung der drückenden wirtschaftlichen, sozialen und administrativen Probleme des Landes verhindert. In dieser Lage, die Nicaragua mit der Mehrheit aller Entwicklungsländer teilt, soll sich das Land im freien Spiel der Kräfte des globalen Marktes behaupten und seine Misere unter den Regeln neoliberaler Ideologie überwinden. Zu was hat dies zwölf Jahre nach dem "Sieg der Demokratie" in Nicaragua geführt?

Dies soll an den vier in der Einleitung erwähnten Bereichen nun beschrieben werden.

## Kaffeeproduktion

Im Agrarland Nicaragua ist das wichtigste Anbauprodukt der Kaffee. In guten Zeiten erbrachten die Exporterlöse aus der Kaffeeausfuhr etwa 35 Prozent des Wertes des gesamten Warenexportes Nicaraguas. Noch 1999 kamen von den 543,5 Millionen US-Dollar des Exporterlöses 135,5 Millionen US-Dollar, das entsprach immerhin noch rund 25 Prozent, aus der Ausfuhr von Kaffee. Seither ist dieser Anteil weiter drastisch zurückgegangen. So sank der Preis von auskömmlichen 110 – 130 Dollar pro Quintal in Nicaragua (1 Quintal entspricht 45,35 kg) auf zeitweise unter 40 Dollar, denen Produktionskosten von ca. 80 Dollar gegenüberstehen. Hauptursache hierfür ist der seit 1999 anhaltende extreme Verfall des Weltmarktpreises für Rohkaffee und sind es strukturelle Ursachen, die in höchstem Maße von Regeln der WTO und des IWF gelegt wurden.

Der Preisverfall ist die unmittelbare Folge des globalen Marktes, dem die Anbauländer völlig ausgeliefert sind, einem Markt, in dem fünf transnationale Kaffeegesellschaften und die spekulativen Warenbörsen von New York und London die Macht des Marktes auf sich vereinigen und die Preise bestimmen. Manipulatorische Mengenpolitik, um beispielsweise durch Importe billigen Kaffees aus Ländern mit Überschussproduktion in andere Kaffeeanbauländer die lokalen Preise zu drücken und die Förderung der Ausdehnung des Kaffeeanbaus auch in nicht traditionelle Anbauländer (Vietnam), teilweise im Rahmen von Weltbankprojekten, sind Strategien der transnationalen Kaffeegesellschaften, das Preisniveau zu ihren Gunsten nach unten zu drücken. Dass dies gelingt, macht ein Zitat aus dem Jahresbericht von Nestlé deutlich, in dem gesagt wird:

**“Dank günstiger Preise für das Rohprodukt verbessern sich die Handelsspannen und steigen die Gewinne“.**

Dieser Marktmacht steht wie in den meisten Anbauländern, auch in Nicaragua ein extrem kapitalschwacher, kleinbäuerlich strukturierter Kaffeeanbausektor gegenüber. In Nicaragua verfügen von den etwa 30.000 Kaffeebauern 95 Prozent über nicht mehr als 3 – 5 Hektar Anbau, sind aber direkte Einkommensquelle für mehr als 250.000 Menschen. Auf die Preisbildung und das Marktgeschehen können sie keinerlei Einfluss ausüben, im besten Falle können sie auf Fakten, die der Markt setzt, reagieren. Aber selbst darin sind sie durch die Fesseln, die ihnen Abkommen der WTO und IWF-Politik anlegen, behindert. So sind, wie schon erwähnt, im Gegensatz zur Agrarindustrie der reichen Länder des Nordens, durch die Auflagen der genannten Institutionen Beihilfen oder Subventionen auch für den Kaffeesektor untersagt. Die Privatisierung des Bankensektors, ebenfalls eine vom IWF verlangte Maßnahme, hat überdies dazu geführt, dass die kleinen Kaffeebauern faktisch keinen Zugang zu Krediten mehr haben oder wenn, dann nur zu horrenden Zinsen, die sie unter den gegenwärtigen Bedingungen niemals erwirtschaften können. In diese Falle sind Dutzende von Betrieben geraten und haben durch Überschuldung ihr Hab und Gut an die Banken verloren. Mit dieser Schuldenfalle wird in Nicaragua manipuliert, denn Hintermänner versuchen im trauten Zusammenspiel mit Banken auf diesem Wege, den Prozess der Konzentration von Land in den Händen weniger zu fördern.

So werden die Kaffeebauern in Nicaragua seit vier Jahren von zwei Seiten in ihrer Existenz bedroht, einerseits beschert ihnen der niedrige Kaffeepreis nur Verluste und andererseits verschärft das Fehlen von Betriebskapital und jeder Form staatlicher Unterstützung ihre Lage zusätzlich. Dieser Zustand hat inzwischen Hunderte von Kaffeebauern zur Aufgabe gezwungen.

Den fatalsten Effekt löst das fehlende Betriebskapital aus. Es verhindert die dringend notwendige Modernisierung der Produktion und verschlechtert so dramatisch die Wettbewerbsfähigkeit der nicaraguanischen Kaffeepflanzer. Beträgt im Durchschnitt der Kaffeeanbauländer der Ertrag pro Hektar 1.814 kg, so fiel er wegen fehlenden Betriebskapitals in Nicaragua in der Erntesaison 2001/2002 auf 295 kg. Wegen fehlender Finanzmittel kam es in der jetzt zu Ende gegangenen Erntesaison 2002/2003 in den Hauptanbaugebieten Jinotega und Matagalpa zu der grotesken Situation, das Ernten nicht eingebracht werden konnten, weil die notwendigen Erntehelfer nicht bezahlt werden konnten und selbst die Entlohnung mit Naturalien nicht möglich war, und dies bei einer Arbeitslosigkeit, die gebietsweise 60 Prozent und mehr erreicht. In der genannten Region sind gegen Ende des Jahres in der Folge der Kaffeekrise Dutzende von Menschen verhungert.

Die Regierung Bolaños hat diese Notlage lange ignoriert und erst auf Druck von Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen ein wenig effizientes Notprogramm unter dem Titel "Brot für Arbeit" eingesetzt, eine politische Antwort zur nachhaltigen Überwindung der Krise in diesem für Nicaragua wichtigsten Agrarbereich hat sie bis heute nicht gegeben.

Gleichzeitig dreht sich ein unsinniges Karussell weiter. Ende letzten Jahres gab der IWF Nicaragua eine Zusage für einen über drei Jahre laufenden Überlebenskredit in Höhe von 1,1 Milliarde Dollar. Auf der anderen Seite verzeichnet das Land nicht zuletzt durch die Politik dieses gleichen IWF mit verursacht, ständig sinkende Exporteinnahmen bei der Ausfuhr von Kaffee, was zur weiteren Verschlechterung der Handelsbilanz und zu einer Erschwernis beim Abbau der Auslandsverschuldung führt.

### **Freie Produktionszonen in Nicaragua**

Die ersten Auflagen der WTO, des IWF, der interamerikanischen Entwicklungsbank, welche nach 1990 die Regierung Chamorro zu erfüllen hatte, war die völlige Öffnung der Grenzen und der Abbau so genannter Handelshemmnisse. Gleichzeitig sollte die Regierung durch die Schaffung von Steuer- und Zollpräferenzen günstige Bedingungen und Anreize für ausländische Investoren schaffen. Eine Regelung der WTO erlaubt es Nicaragua bis heute, ausländische Investoren von jeder Steuer freizustellen. Gestützt von diesen Voraussetzungen und mit einem Angebot billiger Arbeitskräfte, entschloss man sich nach dem Vorbild der Nachbarländer Guatemala, El Salvador und Honduras und vieler anderer Entwicklungsländer, zur Einrichtung so genannter freier Produktionszonen. Mit 6 Millionen US-Dollar unterstützte 1992 die interamerikanische Entwicklungsbank (BID) die Einrichtung solcher Zonen, die zunächst in der Hauptstadt Managua entstanden, wo dann die ersten Produktionsstätten im Bereich der Textilherstellung entstanden.

Die in Lateinamerika mit dem Begriff "Maquila" gekennzeichneten Produktionsstätten für Textilien und Schuhe genießen nicht ohne Grund einen zweifelhaften Ruf. Wie kein anderer Industriezweig hatte gerade die Textilindustrie schon lange bevor von Globalisierung die Rede war, die Auslagerung von Produktionen an Standorte mit den jeweils günstigsten Bedingungen, das heißt im Klartext, an Standorte mit den billigsten Arbeitskräften und niedrigsten Sozial- und Umweltstandards, praktiziert. Der Globalisierungsprozess mit seinen neoliberalen Rahmenbedingungen hat gerade diesen Industriezweig einen Spielraum geschaffen, in dem Unternehmen dieser Sparte heute auf der Suche nach immer "besseren" Standorten ständig um den gesamten Globus vagabundieren. Und kaum eine andere Sparte nutzt unter teilweiser Missachtung nationaler Sozial- und Umweltgesetze die Möglichkeiten des de-regulierten globalen Marktes so exzessiv zur Steigerung ihrer Profite aus.

In Nicaragua sind neben Managua bis heute in den Städten León, San Marcos und Sébaco 40.000 Arbeitsplätze in den Betrieben taiwanesischer, südkoreanischer und mexikanischer Textilunternehmen, die überwiegend für den nordamerikanischen und europäischen Markt und die dort vertretenen großen Handelsketten produzieren, entstanden.

Freigestellt von jeder Steuer, begünstigt durch die zollfreie Einfuhr von Halbfabrikaten und die gleichermaßen begünstigte Ausfuhr von Fertigfabrikaten, bleibt außer den Löhnen der Arbeiter und Arbeiterinnen fast nichts im Lande, denn auch die Gewinne fließen woanders hin. Ökonomisch betrachtet ist dies auch im Falle von Nicaragua nahezu ein Nullsummenspiel. Das ständige Streben der Unternehmen, die Sozial- und Umweltgesetze zu unterlaufen, beschert dem Lande darüber hinaus andauernde Konflikte.

Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und Gerichte sind immer wieder damit befasst, Fällen körperlicher Gewalt, eklatanten Verletzungen von Arbeitnehmerrechten und der Schädigung der Umwelt im Bereich der freien Produktionszonen nachzugehen und haben eine Unzahl verifizierter Vergehen dokumentiert. So verursachte eine taiwanesishe Textilfabrik im Tal von Sébaco, einem wichtigen Reis- und Gemüseanbaugbiet, durch giftige Abwässer ausgedehnte ökologische Schäden im Gewässersystem dieser Gegend.

Die Politik in Nicaragua zeigt sich in diesen Fällen sehr nachgiebig, was insoweit erklärlich ist, als das sie immer der Drohung der ausländischen Unternehmen ausgesetzt ist, bei einer "Verschlechterung" der Produktionsbedingungen in ein anders Land abzuwandern. Dieser permanent vorhandene Druck ist auch in Nicaragua ein bewährtes Mittel, das skandalös niedrige Lohnniveau unten zu halten und gewerkschaftliche Aktivitäten auszumanövrieren. Das durchschnittliche Arbeitseinkommen einer Arbeiterin in der freien Produktionszone Managuas oder anderer Städte erreicht etwa 1.500 Cordobas (100 US-\$) und erreicht nicht einmal den Wert des Basiswarenkorb, der gegenwärtig bei 1.800 Cordobas (120 US-\$) liegt. Besonders seit China auch im Bereich der Maquila-Betriebe mit tatsächlich noch niedrigeren Löhnen als Konkurrent im globalen Wettbewerb auftritt, ist dies keine leere Drohung mehr, wie es Beispiele aus den Nachbarländern Guatemala und Honduras lehren.

Die ausweglose Situation und die Arbeitsbedingungen der in den freien Produktionszonen Nicaraguas arbeitenden Menschen spiegeln sich in dem Ausspruch einer jungen Arbeiterin wider, die sagte:

**"Wenn ich ohne Arbeit bleibe, verhungere ich, habe ich Arbeit, bringt man mich langsam um."**



## Arbeitsmigration

Ein Mangel an Arbeitsplätzen, unzureichende Arbeitseinkommen und fehlende Zukunftsperspektiven sind weltweit die Faktoren, die Bevölkerungsbewegungen auslösen, die man gemeinhin mit Arbeitsmigration bezeichnet. Andere Gründe, wie Naturkatastrophen oder kriegerische Konflikte treten zahlenmäßig dahinter zurück.

Gegen Ende des Contrakrieges war die wirtschaftliche Situation in Nicaragua schon so prekär, dass es mit der Zahl von 44.000 Bürgern die aus wirtschaftlichen Gründen das Land verließen, deutliche Hinweise auf Arbeitsmigration gab. Mit der Einführung der neuen Wirtschaftsordnung und Öffnung des Landes für das globale Wirtschaftsgeschehen unter der Chamorro-Regierung war das wortwörtliche Versprechen verbunden, das damit ein wirtschaftlicher Aufschwung und die massive Gründung neuer Arbeitsplätze verbunden wären. Schauen wir uns an, was aus diesem Versprechen geworden ist.

Um einen Vergleich anstellen zu können, sollen die maßgebenden Zahlen, mit denen der Arbeitsmarkt beschrieben werden kann, der Jahre 1990, dem Beginn der neuen Wirtschaftsära und dem Jahr 1999, von dem die letzten exakten Zahlen vorliegen, gegenübergestellt werden.

1990 betrug bei einer Gesamtbevölkerung von 3,74 Millionen Menschen der Anteil der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung 1,189 Millionen Menschen. Dieser Zahl stand das Angebot von 527.100 Arbeitsplätzen gegenüber. Daraus resultierte für dieses Jahr eine Arbeitslosenziffer von 44,3 Prozent. Dabei bleibt außerhalb jeder Betrachtung, welchen qualitativen Wert die vorhandenen Arbeitsplätze hatten.

Fast ein Jahrzehnt später, im Jahre 1999, sehen diese Zahlen so aus. Bei einer Gesamtbevölkerung von 4,93 Millionen Menschen betrug der Anteil der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung 1,73 Millionen Menschen, denen ein Angebot von 880.000 Arbeitsplätzen zur Verfügung stand. Daraus resultiert einen Arbeitslosenziffer von 50,9 Prozent. Dies bedeutet, dass es in diesem Jahr für ca. 880.000 Nicaraguaner keine Arbeitsplätze gab.

Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auch eine Folge der vom IWF erzwungenen Privatisierungswelle, die Tausende von Arbeitsplätzen gekostet hat und nach den Versprechungen ihrer Initiatoren das Gegenteil hätte bewirken sollen. An diesen Zahlen wird auch deutlich, dass die 40.000 Arbeitsplätze in der Maquila-Industrie keinerlei kompensatorische Wirkung hatten. Und es wird deutlich, dass die neoliberalen Rezepte der globalen Wirtschaft auch in Nicaragua was die Arbeitsplätze angeht, ihre Verheißungen nicht erfüllt haben. Ironischerweise hat sich die Regierung Chamorro diesen Rezepten zu einem Zeitpunkt unterworfen, als deren Versagen in anderen lateinamerikanischen Ländern schon offenkundig war.

Die dargestellten Verhältnisse sind die Erklärung dafür, dass sich auch dieses Land gemessen an seiner Bevölkerungszahl von 2003 etwa 5,2 Millionen Menschen einer massiven Arbeitsmigration gegenüber sieht.

Nach den neuesten Zahlen der Kommission für Lateinamerika (CEPAL) suchen gegenwärtig bei einer offiziellen Arbeitslosenrate von 50,6 Prozent rund 1 Million Nicaraguaner ihre Erwerbsquelle in Costa Rica, den USA oder anderen lateinamerikanischen Staaten. In Costa Rica sind beispielsweise 50 Prozent der im Agrarsektor beschäftigten Personen Menschen aus Nicaragua. Das aus der Arbeitsmigration stammende Einkommen ist inzwischen in Nicaragua zu einem überlebenswichtigen volkswirtschaftlichen Element geworden. Schon 1999 betrug die Summe der Geldüberweisungen der Arbeitsemigranten aus dem Ausland an ihre Familien in Nicaragua 600 Millionen US-Dollar und überstieg damit den gesamten Exporterlös des Landes um 100 Millionen US-Dollar.

Mit dieser Situation steht Nicaragua in einer Reihe mit den Nachbarländern Honduras, El Salvador und vielen anderen Entwicklungsländern in anderen Kontinenten.

### **Soziale Folgen**

Der soziale Sektor ist angesichts der bedrückenden Armutsmisere in Nicaragua seit mehr als 12 Jahren chronisch unterfinanziert, und diese Tatsache schafft auf die Zukunft bezogen mehr Probleme als sie in der Gegenwart löst. Auch hier sind als entscheidende Ursache die von dem IWF auferlegten Strukturanpassungsmaßnahmen festzustellen, die sich nicht an den realen Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren oder diese auch nur im geringsten berücksichtigen, sondern wie schon an anderer Stelle erwähnt, sich einseitig nach finanz- und haushaltstechnischen Kriterien richten.

Von den Befürwortern dieser Politik wird zum Beweis ihrer Richtigkeit immer ihr scheinbarer Erfolg herausgestellt, der sich vor allen Dingen auf drei Bereiche bezieht. Tatsächlich konnte im Bereich der Geldwertstabilität die Inflationsrate von 856 Prozent im Jahr 1991 auf moderate 7,2 Prozent im Jahre 1999 zurückgeführt werden. Wenn man aber der durchschnittlichen Inflationsrate von 91,6 Prozent dieses Zeitraumes dem Einkommenszuwachs in Höhe von 30,8 Prozent des gleichen Zeitraums gegenüberstellt, beweist dies, dass das reale Einkommen der Bevölkerung rapide abgenommen hat. Dies erklärt, warum nach neuesten Feststellungen der UN in Nicaragua 35 Prozent der Bevölkerung sich nicht ausreichen ernähren können.

Als weiterer Erfolg der neoliberalen Wirtschafts- und Handelspolitik wird auch der relativ hohe Zuwachs des Bruttonettoprodukts, der im Jahr 2000 bei 3,5 Prozent lag, herausgestellt. Dabei werden zwei Dinge unterschlagen, nämlich das dieser Zuwachs durch das stetige Bevölkerungswachstum, es beträgt gegenwärtig 2,9 Prozent pro Jahr und das chronische Handelsdefizit, dies betrug im Jahr 2000 1,24 Milliarden US-Dollar, nahezu aufgezehrt wird. Rechnet man nur diese beiden Fakten gegen, verblieb im Jahr 2000 nur ein effektives Wachstum von 0,9 Prozent, im Verhältnis zu den immensen sozialen Problemen eine marginale Größe.



Als dritter Erfolg wird gerne ins Feld geführt, dass die Sozialausgaben von 57 US-Dollar pro Kopf im Jahre 1990 auf 80 US-Dollar pro Kopf im Jahre 2000 gestiegen seien. Auch hier wird verschwiegen, dass bereits im Jahre 1982 diese Ausgaben bei 109 US-Dollar lagen, in der Zeit des Krieges und der "kommunistischen Tyrannei" und von den 80 Dollar pro Kopf des Jahres 2000 ein Anteil von 40 Dollar aus Mitteln humanitärer Hilfe des Auslandes stammt, was bedeutet, dass die Staatsausgaben für den sozialen Sektor auf 40 Dollar pro Kopf im Jahr 2000 gesunken sind.

Man könnte auch sagen, dass das arithmetische Ziel ist auf Kosten der sozialen Bedürfnisse erreicht. Für das Haushaltsjahr 2003 sind auf Druck des IWF im sozialen Bereich weitere Einschränkungen geplant.

Um die Folgen dieser Politik anschaulich zu machen, will ich die beiden wichtigsten sozialen Bereiche, Bildung und Gesundheit mit Zahlen und Worten beschreiben.

Die Unterfinanzierung im Bildungswesen macht Bildung wieder zu einem Privileg. Weil Eltern die mit Schulbesuch verbundenen Kosten nicht tragen können, weil es in vielen ländlichen Gebieten entweder keine Schulen oder keine Lehrer gibt, weil Kinder arbeiten müssen, um zum Überleben ihrer Familien beizutragen, weil Kinder auf der Straße leben, weil Kinder aus Unterernährung krank sind, bleiben im eben begonnenen Schuljahr 2003 etwa 800.000 Kinder vom Schulsystem ausgeschlossen.

Die Analphabetenrate betrug 1971, wir erinnern uns: Somoza-Diktatur, 1981, nach der Errichtung der "kommunistischen Tyrannei" 12,1 Prozent und nähert sich im Jahre 2003 wieder der 40 Prozent-Marke. Die schlechte Bezahlung der Lehrer, der ständige Mangel an Sachmitteln, fehlende Lehrerfortbildung überfüllte Klassen, lassen überdies die Qualität der schulischen Bildung absinken.

Im Gesundheitswesen herrscht aus denselben Gründen eine vergleichbare Misere. In den öffentlichen Krankenhäusern herrscht ein katastrophaler Mangel an Medikamenten und Hilfsmitteln. In vielen Krankenhäusern müssen die Patienten selbst das Verbandsmaterial und den Alkohol zum Desinfizieren mitbringen, weil den Hospitälern die Finanzmittel fehlen. In abgelegenen ländlichen Gebieten gibt es in zahlreichen Fällen überhaupt keine gesundheitliche Betreuung der Bevölkerung mehr. Für schwierige medizinische Eingriffe fehlen häufig die technischen Voraussetzungen in Nicaragua, den Patienten, wenn sie die notwendigen Mittel aufbringen können, bleibt nur der Weg ins Ausland. Wer diese Mittel nicht hat, muss sterben.

Das desolate öffentliche Gesundheitswesen, favorisiert wird auch in diesem Sektor die Privatisierung, ist im Zusammenwirken mit Unterernährung ursächlich für zwei alarmierende soziale Indikatoren: die Müttersterblichkeit ist nach einer Studie der UNICEF von 1993 von 105 pro 100.000 auf 174 im Jahre 1999 (Deutschland: 12) angestiegen, wobei diese Zahlen allerdings Unfälle und Tod durch Gewalt einschließen. Die Kindersterblichkeit ist im Laufe der letzten 17 Jahre dank großer Impfkationen gesunken, verharrt aber gegenwärtig auf dem hohen Niveau von 31 pro 1000 (Costa Rica: 5).

Das Beispiel Nicaragua will ich abschließen mit einem Zitat aus diesem Land:

“Wenn Nicaragua eine Zukunft haben soll, dürfen sich Vergangenheit und Gegenwart nicht fortsetzen. Wenn wir auf dieser Grundlage unsere Zukunft bauen, werden wir scheitern. Und der Preis dieses Scheiterns wird die Finsternis sein.“

© Herbert Löhr, erarbeitet für die Frauenakademie an der Ulmer Volkshochschule, März 2003

*Benutzte Quellen:*

*www.contracom.de*

*Der Überblick, Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Begegnung*

*Der Fischer Atlas zur Lage der Welt [www.iwm.at](http://www.iwm.at)*

*www.prsp-watch.de, Länderprofile*

*Pobreza en Nicaragua; Un abismo que se agranda, Oscar-Rene Vargas*

*Once Anos despues del Ajuste, Oscar-Rene Vargas*

*ENVIO, Monatszeitschrift der Universidad Centroamericana, Managua*

*La Prensa, El Nuevo Diario, Tageszeitungen Nicaragua*